



## Antragsbogen - für den Teilnahmeantrag

Ab-01

Verg.-Nr. GLAUCHAU-AUESTRASSE  
Bekanntmachung 26.05.25  
Objekt Grundhafter Ausbau der Auestraße von Kreisverkehr Meeraner Straße bis Lindenstraße in Abschnitten  
AG Große Kreisstadt Glauchau, Markt 1, 08371 Glauchau  
Gegenstand Planung Verkehrsanlagen HOAI § 47  
Verfahren VgV § 17(1) Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

Bewerbung erfolgen als Einzelbewerbung

*ankreuzen*

Bewerbung erfolgen als Bewerber-/Bietergemeinschaft

*ankreuzen*

### Firma

Bewerber/  
Bieter /  
Mitglied  
Bewerber-/  
Bieter-  
gemeinschaft

### Anschrift

### Telefon

### E-Mail

### Rechtsform

### Hauptgesell- schafter

▷ *Aktuellen Auszug der Eintragung des Unternehmens in das Berufs- oder Handelsregister beifügen, falls zutreffend!*

Ich / Wir beantrage(n) hiermit die Teilnahme am Verfahren zur Vergabe der ausgeschriebenen Leistungen.

Mir/uns ist bewusst, dass eine wissentlich falsche Angabe von Erklärungen in Bezug auf Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit zu unserem Ausschluss von der Auftragsvergabe führen kann.

Ich / Wir bestätigen die Richtigkeit aller nachfolgenden Erklärungen und Nachweise.

### Unterschrift

Bewerber,  
Bieter,  
Mitglied der  
Bewerber-/  
Bieter-  
gemeinschaft

### Datum

**Bewerber-/Bietergemeinschaft**

Ich/Wir erkläre(n) Bildung einer Bewerber-/Bietergemeinschaft

ankreuzen

Wir erklären, eine Bewerber-/Bietergemeinschaft zu bilden, sich im Falle einer Auftragserteilung zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen, dass der bevollmächtigte Vertreter die Bewerber-/Bietergemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt und berechtigt ist, im Rahmen des Vergabeverfahrens uneingeschränkt im Namen aller Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft zu handeln.

---

*Bevollmächtigter Vertreter der Bewerber-/Bietergemeinschaft - Name, Firma, Unterschrift*

---

*Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft - Name, Firma, Unterschrift*

---

*Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft - Name, Firma, Unterschrift*

---

▷ *Erklärungen beifügen!*

Bei Bewerber-/Bietergemeinschaften ist der Antragsbogen gemeinsam ausgefüllt und unterschrieben, sowie um die geforderten Nachweise ergänzt, den Unterlagen beizufügen. Die gestellten Anforderungen an die Fachkunde und Leistungsfähigkeit gelten als erfüllt, wenn die betreffenden Nachweise von einem oder mehreren Mitgliedsunternehmen erbracht werden und in ihrer Summe die gestellten Anforderungen erfüllen. Ausgenommen davon sind der zuführende Negativnachweis bezüglich der Ausschlussgründe gem. §§ 123, 124 GWB, der Nachweis zu Befähigung und Erlaubnis der Berufsausübung sowie der Nachweis zur Berufshaftpflichtversicherung. Diese Anforderungen sind von jedem Mitgliedsunternehmen einzeln zu erfüllen.

**Die Bietergemeinschaftserklärung muss eine Erklärung zur gesamtschuldnerischen Haftung enthalten.**

**Unterauftragvergabe**

Ich/Wir erkläre(n) die Absicht, folgende Leistungen an die genannten Unterauftragnehmer zu vergeben

ankreuzen

*Leistungen*

---

*Unterauftragnehmer*

---

▷ *Eigenerklärung des Unterauftragnehmers beifügen, dass im Auftragsfall die technischen, personellen und finanziellen Mittel zur vertragsgerechten Erbringung der Leistung zur Verfügung stehen!*

Ich/Wir erkläre(n) hiermit, dass keine Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 1 bis 4 GWB sowie § 124 Abs. 1 GWB vorliegen.

---

**Eignungsleihe**

Ich/Wir erkläre(n) die Inanspruchnahme von Kapazitäten Dritter in Form der Eignungsleihe

ankreuzen

*Art und Umfang der in Inanspruchnahme**Unternehmen*

▷ *Verpflichtungserklärung und unten aufgeführte Eigenerklärungen des in Anspruch genommenen Unternehmen beifügen!*

Die Unternehmen, auf die sich ein Bewerber/Bieter zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen die Eignung lt.

Vergabebekanntmachung hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, auf die sich der Bewerber/Bieter zum Nachweis der

Eignung des Unternehmens stützt. Zudem sind die Erklärungen über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 Abs. 1 bis 4 GWB und § 124 Abs. 1 GWB auch für diese Unternehmen vorzulegen.

**Gemäß § 47 (3) VgV verlangt der Auftraggeber eine gemeinsame Haftung des Bewerbers und die Auftragsausführung des anderen Unternehmens für Leistungen entsprechend des Umfangs der Eignungsleihe.**

**Nachweis zu Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung**

Ich/Wir erkläre(n), die Teilnahmebedingungen zur Berufsausübung zu erfüllen

▷ *Nachweis beifügen! Bei Bewerber-/Bietergemeinschaften von jedem Mitglied!*

ankreuzen

Teilnahmeberechtigt ist, wer zur Führung der Berufsbezeichnung „Ingenieur“ berechtigt sind oder über eine vergleichbare Befähigung nach den Richtlinien 2005/36/EG und 89/48/EWG verfügt. Um als Ingenieur im Straßenbau tätig zu sein, ist in Deutschland in der Regel ein abgeschlossenes Studium im Bereich Bauingenieurwesen erforderlich. Dieses Studium kann an Universitäten oder Fachhochschulen absolviert werden und vermittelt das notwendige technische Wissen sowie praktische Fähigkeiten für die Planung, Gestaltung und Umsetzung von Straßenbauprojekten.

Juristische Personen sind berechtigt, wenn für die Durchführung der Aufgabe ein verantwortlicher Bearbeiter benannt werden kann, der die vorstehenden Voraussetzungen erfüllt. Die Anforderungen sind auch durch eine Bietergemeinschaft nachzuweisen. Mindestens ein Mitglied muss diese Anforderung erfüllen.

*Verantwortliche Person - Name, berufliche Qualifikation***Berufshaftpflichtversicherung**

▷ *Nachweis beifügen! Bei Bewerber-/Bietergemeinschaft von jedem Mitglied!*

Ich/Wir erkläre(n), die Teilnahmebedingungen zur Berufshaftpflichtversicherung zu erfüllen

ankreuzen

Mindestdeckungssumme für Personenschäden

3.000.000,00 EUR

Mindestdeckungssumme für sonstige Schäden

1.000.000,00 EUR

Maximierung der Ersatzleistung pro Versicherungsjahr zur Deckungssumme

2-fach

Sollte die Berufshaftpflichtversicherung geringere Deckungssummen aufweisen ist auch eine schriftliche Erklärung des

Versicherers zur Erhöhung im Auftragsfall auf geforderte Deckungssummen oder eine schriftliche Erklärung des Versicherers zur Zusage einer objektbezogenen Versicherung möglich.

**Bei Bewerber-/Bietergemeinschaften ist der Versicherungsnachweis für jedes Mitglied zu führen.**

**Umsatz im Tätigkeitsbereich der ausgeschriebenen Leistung**

Ich/Wir erkläre(n), die Teilnahmebedingungen zum Umsatz zu erfüllen

ankreuzen

Geforderter „spezifischer“ durchschnittlicher Jahresumsatz in den letzten 3 Geschäftsjahren in EUR/Brutto

300.000,00

Durchschnittlicher Jahresumsatz in EUR / Brutto **2022 - 2024**

eintragen

Jahresumsatz in EUR / Brutto

**2022**

eintragen

Jahresumsatz in EUR / Brutto

**2023**

eintragen

Jahresumsatz in EUR / Brutto

**2024**

eintragen

**Verfügbarkeit**

Verfügbarkeit des verantwortlichen Projektleiters für Koordinierungsbesprechungen, Bauherrenabsprachen, Problemsituationen.

Persönliche Anwesenheit am Besprechungsort bzw. auf der Baustelle

möglich innerhalb von (Angabe in Stunden)

**Verpflichtungserklärung**

Ich / Wir erklären, dass wir im Falle einer Beauftragung gemäß § 1 des Verpflichtungsgesetzes vom 02. März 1974 (BGBl. 1, S. 547), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. August 1974 (BGBl. I, S. 1942), nach Aufforderung durch den Auftraggeber, auf die gewissenhafte Erfüllung unserer Obliegenheiten verpflichtet lassen werden. Uns ist bekannt, dass wir bei Nichtabgabe der Erklärung, bei unvollständiger oder nicht rechtzeitiger Abgabe bei der betreffenden Auftragsvergabe unberücksichtigt bleiben. Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Abgabe der vorstehenden Erklärung unseren Ausschluss von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat.

▷ Bei Bewerber-/Bietergemeinschaft Erklärung von jedem Mitglied separat beifügen - Blatt kopieren.

ankreuzen

**§ 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLOG) / §21 Abs.1 S.1 o. 2 SchwarzArbG / §21 Abs.1 AEntG**

Hiermit erkläre(n) ich/wir, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss Nacho.g. Gesetzen nicht vorliegen und dass ich/wir in den letzten 2 Jahren nicht wegen eines Verstoßes mit einer Geldbuße von wenigstens EUR 2.500,00 belegt worden bin/sind. Ich/Wir habe(n) zur Kenntnis genommen, dass auch im Falle der vorstehenden Erklärung öffentliche Auftraggeber jederzeit zusätzlich Auskünfte des Gewerbezentralregisters nach § 150a Gewerbeordnung in der aktuell gültigen Fassung anfordern können.

▷ Bei Bewerber-/Bietergemeinschaft Erklärung von jedem Mitglied separat beifügen - Blatt kopieren.

ankreuzen

Hinweis: Falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann, bitte Erläuterung hierzu und ggf. erläutern, weshalb die Voraussetzungen für einen Ausschluss von der Teilnahme an diesem Vergabeverfahren nicht vorliegen.

**Rechtliche und wirtschaftliche Verknüpfungen, Ausführungs- und Lieferinteressen**

Es bestehen keine rechtlichen und wirtschaftlichen Verknüpfungen mit anderen Unternehmen

▷ Bei Bewerber-/Bietergemeinschaft Erklärung von jedem Mitglied separat beifügen - Blatt kopieren.

ankreuzen

Es bestehen folgende rechtliche und wirtschaftliche Verknüpfungen mit anderen Unternehmen

ankreuzen

Unternehmen

Art und Weise der Verknüpfung (en)

Die Leistungserbringung erfolgt unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen

ankreuzen

▷ Bei Bewerber-/Bietergemeinschaft Erklärung von jedem Mitglied separat beifügen - Blatt kopieren.

**Nichtvorliegen von Ausschlussgründen**

Hiermit erkläre/nn ich/wir verbindlich, dass keine Ausschlussgründe nach §123 Abs. 1 bis 4 und § 124 GWB vorliegen

▷ Bei Bewerber-/Bietergemeinschaft Erklärung von jedem Mitglied separat beifügen - Blatt kopieren. ankreuzen

**Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 GWB**

Ich erkläre/wir erklären, dass keine Person, die dem Unternehmen (Bewerber/Bieter) zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt ist wegen eines Straftatbestandes, der im Folgenden aufgezählt ist und gegen das von mir/uns vertretene Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 OWiG rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (StGB) (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 StGB zu begehen,
3. § 261 StGB (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
7. § 108e StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
8. den §§ 333 und 334 StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr),
10. den §§ 232 und 233 StGB (Menschenhandel) oder § 233a StGB (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Darüber hinaus erkläre ich/erklären wir, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist.

**Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 124 GWB**

Ich erkläre/Wir erklären in Bezug auf das durch uns vertretene Unternehmen, dass

- das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- das Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder kein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nicht nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird,
- das Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte,
- das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags nicht erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen hat und Auskünfte nicht zurückhält und in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
- das Unternehmen 1. nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, 2. nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder 3. nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

**Maßnahmen zur Selbstreinigung nach § 125 GWB**

*Benennung des Ausschlussgrundes*

---

*Benennung der Maßnahmen*

---

*Bei Bewerber-/Bietergemeinschaft: Namen*

---

**Eigenerklärung - Verordnung (EU) über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands**

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab:

▷ Bei Bewerber-/Bietergemeinschaft Erklärung von jedem Mitglied separat beifügen - Blatt kopieren.

ankreuzen

1. Der / die Bewerber / Bieter gehört / gehören nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a) zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a) und/oder b) zutrifft.

2. Die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als

Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 lautet wie folgt:

(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

- a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
- b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a) genannten Organisationen gehalten werden, oder
- c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a) oder b) genannten Organisationen handeln,

auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

- a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,
- b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,
- c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,
- d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.
- e) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisen aus oder durch Russland in die Union, oder
- f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossilen Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.

(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung – bis zum 10. Oktober 2022 – von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.

**Referenznachweis**

- ▷ Mindestangaben in beizufügender Liste: Objektname, Anschrift, Auftraggeber, Referenzinhaber, Angaben zu den unten aufgeführten Referenzanforderungen. Bildliche Darstellung sind zugelassen.
- ▷ Ggf. bei weiteren Referenzen dieses Blatt kopieren.

Erfüllung ankreuzen ▾

	Ref. Nr.	Ref. Nr.	Ref. Nr.
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
A ▶ Beginn der Erbringung aller Planungsleistungen aller Referenzobjekte nach dem 01.01.2010.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
B ▶ Spätester Zeitpunkt der Objektfertigstellung aller Referenzobjekte zum Zeitpunkt der Bewerbung. Referenzobjekte für noch nicht abgeschlossene Projekte sind zugelassen, wenn dafür die Lph. 7 vollständig erbracht wurde.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
C ▶ Fachgebiet für alle Referenzobjekte: Planung von Verkehrsanlagen HOAI § 47, Mindestanforderung an jede Referenz	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
D ▷ Planung innerörtlicher Hauptsammelstraßen mit hohen verkehrstechnischen Anforderungen oder schwierigen städtebaulichen Situationen mit hoher Anzahl von Verknüpfungen mit der Umgebung und Koordinierung der Auswechslungen von Medien mit den Medienträgern ≥ 2 Referenzen - 2 Punkte, 1 Referenz - 1 Punkt, 0 Referenzen - 0 Punkte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
E ▷ Vollständig Erbrachte Leistungsphasen mind. 1 bis 8 ≥ 2 Referenzen - 2 Punkte, 1 Referenz - 1 Punkt, 0 Referenzen - 0 Punkte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
F ▷ Planung in Honorarzone III (drei) ≥ 2 Referenzen - 2 Punkte, 1 Referenz - 1 Punkt, 0 Referenzen - 0 Punkte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Baukosten DIN 276 KGR 400+500 ≥ 1,0 Mio Euro/Brutto			
G ▷ Die Kosten verschiedener Bauabschnitte desselben Projektes können addiert werden. ≥ 2 Referenzen - 2 Punkte, 1 Referenz - 1 Punkt, 0 Referenzen - 0 Punkte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
▶ bedeutet: Mindestanforderung an jede Referenz, Anforderungen müssen durch alle gezeigten Referenzobjekte erfüllt werden.			
▷ bedeutet: Anforderungen können durch jeweils verschiedene Referenzobjekte erfüllt werden.			



# Honorarblatt - für die Angebotsabgabe

Ab-08

Verg.-Nr. GLAUCHAU-AUESTRASSE  
 Bekanntmachung 26.05.25  
 Objekt Grundhafter Ausbau der Auestraße von Kreisverkehr Meeraner Straße bis Lindens  
 AG Große Kreisstadt Glauchau, Markt 1, 08371 Glauchau  
 Gegenstand Planung Verkehrsanlagen HOAI § 47  
 Verfahren VgV § 17(1) Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

Grundlagen	HOAI in der Fassung von 2021 § 48 - Honorarzone vorläufige anrechenbare Kosten		IV (vier) 2.745.000,00	Hier ausfüllen ▽
<b>Grund</b>	<b>leistungen</b>			
	Basishonorar § 48 Lph. 1-9		€ ▷	.....
	Basishonorarsatz Abschlag		% ▷	.....
			€ ▷	.....
	Basishonorarsatz Zuschlag		% ▷	.....
			€ ▷	.....
	Summe	<b>1</b>	€ ▷	.....
<b>Besondere</b>	<b>Leistungen</b>			-----
	Örtliche Bauüberwachung - % von anrechenbaren Kosten		% ▷	.....
			€ ▷	.....
	Koordinierungsaufwand Lph. 8		psch. ▷	.....
			€ ▷	.....
	Leitungsbestandsplan		psch. ▷	.....
			€ ▷	.....
	Summe	<b>2</b>	€ ▷	-----
<b>Zusätzliche</b>	<b>Leistungen</b>			-----
	Studie Ausfahrt B175		psch. ▷	.....
			€ ▷	.....
	Studie Ausfahrt Tiny House		psch. ▷	.....
			€ ▷	.....
	Studie Anbindung KITAs		psch. ▷	.....
			€ ▷	.....
	Leitungsbestandsplan		psch. ▷	.....
			€ ▷	.....
	Mitwirkung bei der Vermessung		psch. ▷	.....
			€ ▷	.....
	Mitwirkung beim Baugrund		psch. ▷	.....
			€ ▷	.....
	Erstellung Koordinierter Leitungspläne		psch. ▷	.....
			€ ▷	.....
	Koordinierung aller Medienträger in allen Lph.		psch. ▷	.....
			€ ▷	.....
	Summe	<b>3</b>	€ ▷	-----
<b>Nebenkosten</b>				-----
	Nebenkosten § 14 auf Summe 1+2		% ▷	.....
	Summe	<b>4</b>	€ ▷	-----
<b>Stundensätze</b>				-----
	Auftragnehmer u. Partner		€ ▷	.....
	Ansatz f. Angebotsauswertung:		8 h ▷	.....
	Ingenieur, Bauleiter		€ ▷	.....
	Ansatz f. Angebotsauswertung:		12 h ▷	.....
	Mitarbeiter		€ ▷	.....
	Ansatz f. Angebotsauswertung:		12 h ▷	.....
	Summe	<b>5</b>	€ ▷	-----
<b>Gesamtsumme</b>				-----
	Gesamtsumme	<b>1+2+3+4+5</b>	€ Netto ▷	.....
	Mwst. 19%		€ ▷	.....
<b>Angebotsvergleichshonorar</b>			€ Brutto ▷	-----

▷ Ausführungen zu Kriterien 1 bis 3 dem Angebot beifügen!

Pkt. Wicht.

▽ 3    ▽ 30

### (1) Analyse der Aufgabenstellung u. Projektanforderungen

Darlegungen von Grundgedanken zur Funktionalität, zum Umgang mit verkehrstechnischen Anforderungen, zur Analyse der städtebaulichen Situation, zum Umgang mit Verknüpfungen mit der Umgebung, zur Vorgehensweise der Koordinierung und Zusammenarbeit mit den Medienträgern und mit dem Auftraggeber, zur außenräumlichen Qualität, zu Möglichkeiten der Verwendung ökologisch nachhaltiger und recyclebarer Baustoffe, zur Wirtschaftlichkeit in der Herstellung und in der Unterhaltung. Es soll ablesbar werden, welche Arbeitsweise der Bieter verfolgt, wie er an die Aufgabe herangeht und welche Vorteile der AG daraus ableitend erwarten kann. Es sind keine Lösungsvorschläge für die gestellte Planungsaufgabe einzureichen (keine Anfertigung von Plänen, ingenieurtechn. Entwürfen, Zeichnungen, Berechnungen etc).

3 Punkte Darlegungen überzeugen vollständig, inhaltlich und ingenieurtechnisch von überdurchschnittlicher Qualität, mit zielgerichteter und aufgabenkonkreter Erfüllung des Informationsbedürfnisses des AG.

2 Punkte Darlegungen von guter inhaltlicher und ingenieurtechnischer Qualität oder mit weniger aufgabenkonkreten, eher allgemeinen Informationen an den AG.

1 Punkt Darlegungen von befriedigender inhaltlicher und ingenieurtechnischer Qualität, mit überwiegend allgemeinen, nicht aufgabenkonkreten Informationen.

Der Auftraggeber legt Wert auf vollständige, in sich schlüssige und begründete Ausführungen zu den vom Bieter getroffenen Überlegungen, die der Komplexität des Vorhabens gerecht werden und eine erfolgreiche Realisierung des Projektes erwarten lassen. Qualitativ überdurchschnittliche Qualität ist insofern solche, die den Auftraggeber vollständig überzeugen und das Informationsbedürfnis des AG vollständig erfüllen. Dies stellt somit im Vergleich ein positiv abhebendes Merkmal dar - das Beste unter dem Guten.

### (2) Projektabwicklung

3 25

Erläuterung von Methoden und Hilfsmitteln der Planung über alle Leistungsphasen hinweg, insbesondere hinsichtlich der Abstimmungserfordernisse, hinsichtlich der Termin- und Ablaufplanung, der Ausführungsplanung, der Ausschreibung/ Vergabe/Abrechnung AVA, der Kommunikation und dem Datenaustausch mit Planungsbeteiligten und dem AG, einer nachhaltigen Datenhaltung, der Ergebnisübergabe an den AG, des Risikomanagements bei Planungsrisiken, Genehmigungsrisiken, Preisrisiken, Kapazitätsrisiken, zur örtlichen Bauüberwachung und Koordinierung der Baustelle.

Bewertung wie unter Nr. 1

### (3) Organisation, Qualifikation, Erfahrung des Personals

3 25

Es sind zu folgenden Punkten Ausführungen zu treffen:

Darstellung eines Organigramms des Projektteams; Darlegungen zum mit der Ausführung vorgesehenen Projektleiter, Stellvertreter und Bauleiter zu beruflichen Qualifikationen, Berufsjahren im Tätigkeitsbereich der Aufgabe, Zusatzqualifikationen; Vorstellung von persönlichen Referenzprojekten, die mit der zu vergebenden Dienstleistung in Umfang, funktionellem und ingenieurmäßigem Anspruch vergleichbar sind; Darlegungen zu Vertretungsregelungen im Abwesenheitsfall; bei Arge: Aussagen analog, bezogen auf die Konstellation innerhalb der Arge.

3 Punkte Darlegungen überzeugen vollständig, Organisation und Personal mit fachlich überdurchschnittlicher Qualität, zB über die Teilnahmberechtigung am Vergabeverfahren hinausgehende, aufgabenbezogene Berufsabschlüsse oder Zusatzqualifikationen im Team und Berufserfahrung des Projektleiters > 10 Jahre, des Stellvertreters > 5 Jahre.

2 Punkte Darlegungen und Organisation und Personal von fachlich guter Qualität oder Berufserfahrung des Projektleiters > 5 ≤ 10 Jahre, des Stellvertreters > 3 ≤ 5 Jahre.

1 Punkt Darlegungen oder Organisation und Personal von fachlich befriedigender Qualität, oder Berufserfahrung des Projektleiters ≤ 5 Jahre, des Stellvertreters ≤ 3 Jahre.

### (4) Verfügbarkeit, Präsenz

3 5

Persönliche Anwesenheit auf der Baustelle.

3 Punkte Anwesenheit zugesichert innerhalb von 1,5 Stunden.

2 Punkte Anwesenheit zugesichert nicht innerhalb von 1,5 Stunden, jedoch von 3 Stunden.

1 Punkt Anwesenheit zugesichert nicht innerhalb von 3 Stunden.

### (5) Preis - Angebotsvergleichshonorar

3 15

Angebotsvergleichshonorar.

3 Punkte Angebot mit dem niedrigsten Honorarangebot

1 Punkt Angebot mit ≥ dem 2-fachen der niedrigsten Wertungssumme.

Zwischenwerte werden interpoliert mit der Berechnungsformel:  $P = HP + ((NP - HP) / ((2 * NA) - NA)) * (A - NA)$ .

Erläuterung: HP Höchstpunktzahl / NP Niedrigstpunktzahl / NA Niedrigstangebot / A Angebot. Punkte werden auf 2 Stellen nach dem Komma gerundet.

Kontrollsummen

15,00 100,00

∑ max. Wertungspunkte 300,00